Beschluß der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Holzminden

Grüne für noch schnelleren Atomausstieg: "Grohnde muss deutlich vor 2021 abgeschaltet werden"

Holzminden (wbn). Den Grünen im Weserbergland geht's immer noch nicht schnell genug. Die Grünen im Landkreis Holzminden lehnen den „langsamen Atomausstieg“ der Bundesregierung ab. Sie wollen, dass das Atomkraftwerk Grohnde deutlich vor 2021 abgeschaltet wird und außerdem ein Endlager im ungeeigneten Gorleben verhindern.

Das beschloss die Grüne Mitgliederversammlung einstimmig zur Vorbereitung des Sonderparteitags als Position des Kreisverbandes. "2021 ist deutlich zu lang", sagte der grüne Landtagsabgeordnete Christian Meyer und verwies auf eine Vielzahl von Studien, die belegen, dass ein schnellerer Ausstieg notwendig und möglich sei. Selbst das regierungseigene Umweltbundesamt hatte kürzlich 2017 als ökonomisch und rechtlich sinnvoll betrachtet. "Eine Laufzeitverlängerung für das AKW Grohnde auf dann fast 38 Jahre halten wir für nicht akzeptabel. Das Risiko ist nicht hinnehmbar", so Meyer.

Fortsetzung von Seite 1

Dem Ausstiegsfahrplan von Merkel wollen die Grünen daher kein "Ökosiegel" geben, heißt es in dem Beschluss. Es könne nicht sein, dass die Atomkraftwerke durch den "Klimakiller" Kohle ersetzt werden und sechs Atomkraftwerke erst um das Jahr 2021/2022 abgeschaltet werden sollen. Der grüne Kreisverband beschloss auch den Basisaufruf von atomappell.de "für einen schnelleren Ausstieg und eine Endlagersuche ohne Gorleben" zu unterstützen und weiterhin mit der Anti-Atom-Bewegung für die Energiewende zu demonstrieren.

"Wir trauen dem Umschwenken von CDU und FDP nicht", sagte Peter Ruhwedel und verwies auch auf den hiesigen Umweltminister Sander, der die Atomkraft lange verteidigt hatte. Der gewählte Delegierte Uwe Uecker wurde beauftragt, auf dem Sonderparteitag in Berlin am Wochenende für einen deutlich schnelleren Ausstieg und gegen den Ersatz von Atomkraftwerken durch Kohle zu stimmen.

"Wir wollen die Erneuerbaren Energien nicht deckeln, sondern stärker fördern. Das schafft auch gerade in unserer Region Arbeitsplätze und erhöht die regionale Wertschöpfung. Ohne Veränderungen am Energiepaket kann es daher keine grüne Zustimmung zu Merkels Mogelpackung geben", sagte Meyer, der auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender der

Geschrieben von: Lorenz

Montag, den 20. Juni 2011 um 15:33 Uhr

Landtagsgrünen ist.